

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen
T: +49 7151 28289 . F: +49 7181 43987 . E: info@ai-el-salvador.de
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>
https://twitter.com/AI_El_Salvador
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



20. November 2020

USA: AUFERSTEHEN AUS DER ASCHE – TRUMPS ERBE IN DER EINWANDERUNGS- UND ASYLPOLITIK

Von Erika Guevara Rosas

Wenn die neue Regierung des gewählten Präsidenten Joe Biden am 20. Januar 2021 ins Amt kommt, hat die US-Verwaltung die Chance, ihre Verpflichtung gegenüber den Menschenrechten zu erneuern, nicht nur indem sie ihre eigenen ungeheuerlichen Menschenrechtsverletzungen beendet, sondern auch indem sie sich wieder in der internationalen Gemeinschaft, angefangen bei den Vereinten Nationen und multilateralen Institutionen, engagiert.

Vier Jahre lang hat die Trump-Verwaltung Strategien verwirklicht, die immer wieder ihre Nichtbeachtung der Menschenrechte und ihren Wunsch zeigten, die Rechte besonderer Gruppen für den eigenen politischen Gewinn zu unterdrücken. Es gab Entscheidungen auf der Ebene der Exekutive des Bundes mit spaltender und hasserfüllter Rhetorik gegenüber Frauen und Mädchen, der LGBTQI+-Gemeinschaft, gegenüber Schwarzen und Menschen aus Lateinamerika, MigrantInnen und Flüchtlinge, und anderen.

Eines der Flaggship-Themen der Trump-Regierung war seit seiner Wahl-Kampagne von 2016 Migration und Asyl. Sein Versprechen, eine Mauer entlang der Grenze zu Mexiko zu bauen und das Asylsystem zu zerstören, wurde bald zur offiziellen Politik. Seine Verwaltung hat beachtlich in Zeit und Bemühungen investiert, um diejenigen zu bestrafen, die in den Vereinigten Staaten ankommen, um Sicherheit und Schutz zu suchen, wozu auch Familien und Kinder gehören. Das hat Menschen getroffen, die vor einem hohen Ausmaß an Gewalt ähnlich wie in Kriegszonen fliehen und aus El Salvador, Honduras und Guatemala kommen. Es hat aber auch Menschen, die vor der politischen Unterdrückung in Kuba und den massiven Menschenrechtsverletzungen in Venezuela und Nicaragua fliehen, ebenso wie eine wachsende Zahl von Menschen, die aufgrund von Verfolgung und Konflikten zwangsweise aus Ländern in anderen Kontinenten vertrieben wurden.

Statt Menschen in Not Schutz anzubieten, hat die Trump-Verwaltung eine Reihe von Verhaltensweisen entworfen, um sie zu kriminalisieren und ihnen Schutz zu verweigern. Sie tat dies, indem sie behauptete, dass ungenügende Mittel vorhanden seien, um diesen Fällen zu begegnen, wobei Milliarden von Dollars ausgegeben wurden, um die Grenzen des Landes militärisch aufzurüsten.

2018 wurden Tausende Eltern, die Asyl suchten, wegen Verbrechen unter einer "Null-Toleranz"- Politik beschuldigt, mit der Folge, dass Tausende Kinder gewaltsam von ihnen getrennt und eingesperrt wurden, buchstäblich in Käfigen, oder zu anderen Standorten

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



tausende Meilen entfernt gebracht wurden, ohne Zustimmung und ohne jegliche Information über ihren Aufenthaltsort. Die US-Behörden haben klar und bewusst tiefes und dauerndes psychisches Leid über diese Familien gebracht und auf diese Weise versucht, andere verzweifelte Menschen davon abzubringen, Asyl zu suchen.

"Statt Menschen in Not Schutz anzubieten, hat die Trump-Verwaltung eine Reihe von Strategien entwickelt, um sie zu kriminalisieren und ihnen Schutz zu verweigern."

Als ob diese unglaublich grausamen und illegalen Praktiken nicht genug wären, installierte die Trump-Verwaltung dann das Programm, das als "Verbleib in Mexiko" bekannt ist, das Zehntausende von an der mexikanischen Grenze Asylsuchenden zwingt, in mexikanischen Grenzorten unter gefährlichen und unsicheren Bedingungen zu warten. Unter diesem Programm und mit der Genehmigung der mexikanischen Regierung hat die Trump-Verwaltung beinahe 60.000 Menschen zwangsweise nach Mexiko zurückgebracht, während ihre Anträge für Asyl in den USA bearbeitet werden. Dabei sind sie organisierten kriminellen Gruppen ausgeliefert, die sie regelmäßig erpressen, kidnappen und angreifen.

2019 hat die Trump-Verwaltung auch die Regierungen von Guatemala, El Salvador und Honduras unter Druck gesetzt, eine Reihe von "Sichere Drittländer"-Vereinbarungen zu unterzeichnen. Dies versetzt die US-Regierung in die Lage, ihre Verpflichtung zur Bearbeitung von Asylanträgen von schutzbedürftigen Menschen aus Drittländern, deren Bedingungen bei weitem nicht sicher sind, zu missachten.

Der Einsatz der Einwanderungshaft hat in den letzten Jahren auch zugenommen. Zehntausende von MigrantInnen, einschließlich Tausender von Asylsuchenden und Familien mit Kindern, werden zur Zeit in ImmigrantInnenhaftzentren im ganzen Land unter der Aufsicht des Heimatschutzministerium (DHS) festgehalten, während sie für ihr Recht kämpfen, in den Vereinigten Staaten zu bleiben. Die Trump-Verwaltung hat die Inhaftierung von MigrantInnen als einen Weg benutzt, um Menschen auf der Basis ihres Migrationsstatus zu bestrafen und ihre Flucht vor Verfolgung und Gewalt in ihren eigenen Ländern zu kriminalisieren.

Diese Haftpraktiken verschlimmern eine Krise jenseits der US-Grenzen: Zehntausende Menschen wurden während der COVID-19 Pandemie abgeschoben, einschließlich Hunderter, die positiv getestet wurden, nachdem sie sich den Virus zugezogen hatten, während sie in unsicheren und unhygienischen Haftzentren in den Vereinigten Staaten inhaftiert waren. Abgeschobene haben berichtet, dass sie einer Ansteckung, eines menschenrechtsverletzenden Quarantäne-Systems in ihren Heimatländern und Stigmatisierung ausgesetzt sind.

Ab März 2020 gab es tatsächlich keine weitere Möglichkeit mehr, an der US-Mexikanischen Grenze Asyl zu beantragen. Indem sie die COVID-19-Pandemie als Vorwand nahm, hat die Trump-Regierung Zehntausende Menschen illegal ausgewiesen, einschließlich Familien und unbegleitete Kinder, nominell unter einer Anweisung des Zentrums für Krankheitskontrolle und Prävention (Centers for Disease Control and Prevention - CDC), die Grenzbeamte ermächtigt, Menschen einfach so nach Mexiko oder sofort in ihre Heimatländer zurückzubringen.

Um möglichst viel aus seinen letzten Monaten im Amt zu machen, hat Präsident Trump eine Anzahl von passenden neuen Anti-Asylgesetzen eingeführt, einschließlich des Verbots von Asyl für Personen, die auf ihrem Weg in die Vereinigten Staaten ein drittes Land durchqueren; eine neue Regelung, die radikal alle Elemente der Definition von "Flüchtling" neu definiert; ein allgemeines Verbot der Zugangsberechtigung, das auf Volksgesundheit basiert, das seine Wurzeln in Fremdenhass und Diskriminierung statt in der Wissenschaft hat.

Es wird keine einfache Sache sein, die Leiden, die diese Politik verursacht hat, rückgängig zu machen. Die kommende Regierung von Joe Biden hat einen



radikalen Wechsel bei der Migrations- und Asylpolitik versprochen. Und doch sind viele der Menschenrechtsverletzungen, unter denen die MigrantInnen und Flüchtlinge leiden, weder neu noch exklusiv der Trump-Verwaltung zuzuschreiben; seine Regierung beschleunigte nur den Mechanismus und übertrieb dramatisch dessen grässlichen Konsequenzen. Dies bildet eine herausragende, historische Schuld, die dringend der Aufmerksamkeit bedarf.

Präsident Biden wird seiner Verwaltung eine neue Richtung geben können, beispielsweise indem er in den ersten Tagen seiner Präsidentschaft Exekutivanweisungen herausgibt, die die Menschenrechte der schutzbedürftigen Menschen ins Zentrum seiner Arbeit platzieren. Die Vereinigten Staaten haben die Gelegenheit, ihre Praxis der unnötigen, kostspieligen und strafenden Einwanderungshaft zu beenden, die ungeheures menschliches Leiden verursachte und zu einem Anstieg der Infektionen während der Pandemie führte.

"Viele der Menschenrechtsverletzungen, unter denen die MigrantInnen und Flüchtlinge leiden, sind weder neu noch exklusiv der Trump-Verwaltung zuzuschreiben; seine Regierung beschleunigte nur den Mechanismus und übertrieb dramatisch dessen grässlichen Konsequenzen."

Unter anderem sollte die Biden-Verwaltung auch eine befristete Einstellung der Abschiebungen während der COVID-19-Pandemie etablieren, während sie die Architektur der illegalen Asyl- und Einwanderungspolitik der Trump-Zeit niederreißt. Die Wiederherstellung des Asylsystems und des humanitären Schutzes muss mit der Annullierung der Anordnung vom 20. März beginnen, gemäß der Asylsuchende und unbegleitete Kinder ohne den erforderlichen Prozess automatisch ausgewiesen werden. Auch die Dutzenden von Strategien müssen rückgängig gemacht werden, die den Zugang zum Recht auf Asyl unfair begrenzen, auch an der Grenze zwischen den USA und Mexiko.

Die neue Verwaltung muss sicherstellen, dass Menschen, die unter dem "Verbleib in Mexiko"-Programm in Grenzkommunen warten, sofort auf US-Gebiet akzeptiert werden, um ihr Asylverfahren fortzusetzen. Es ist deshalb wesentlich, dass die Regierung des mexikanischen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador eng mit Präsident Biden kooperiert, um diese grausame und illegale Politik zu beenden.

Die Biden-Regierung muss darüber hinaus starke alternative Schutzwege etablieren für Menschen, deren offensichtliches Risiko in ihren Heimatländern dringende Aufmerksamkeit erfordert, wie zum Beispiel die Bestimmung eines temporären Schutzstatus für venezolanische Staatangehörige und andere Formen des Schutzes für Menschen, die aus Ländern in Krisensituationen kommen.

Der Weg wird nicht einfach sein, aber der von der Biden-Regierung seit der Wahl gezeigte politische Wille wird entscheidend sein, um die schreckliche Erbschaft der Trump-Verwaltung umzukehren.

Nicht autorisierte Übersetzung der El Salvador-Koordinationsgruppe
Verbindlich ist das englische Original:

Rebuilding from the ashes, Trump's heritage on immigration and asylum policy

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/11/trumps-heritage-immigration-asylum-policy/>

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

